

## Meckern und Mitverdienen

Ja, es ist alles ganz schlimm auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Der Tagesspiegel Newsletter Checkpoint informiert uns regelmäßig über „Die Wohnung der Woche.“ Heute: „Leipziger Platz, drei Etagen, fünf Zimmer, 372 Quadratmeter und 7.454 Euro kalt.“ Da muss man sich halt warme Gedanken machen.

Natürlich finanziert der Tagesspiegel seinen Newsletter auch durch Anzeigen. Ein wunderschönes Foto einer noch wunderschöneren Wohnung befindet sich im Rahmen einer Anzeige direkt unter der sorgenvollen Erwähnung von Supermieten in Berlin:

*„Elegantes Wohnen nahe Ku'Damm. Ob Schaubühne, Renaissance Theater oder Deutsche Oper – in dieser Gegend erwartet Sie ein variantenreiches Kulturprogramm. Dieser kulturelle Genuss und eine hervorragende Abendunterhaltung zeichnet die noble Lage vom AM HOCHMEISTER-PLATZ aus. Das hochwertige Bauvorhaben mit insgesamt 114 Eigentumswohnungen wird voraussichtlich 2020 bezugsfertig sein.“*

Mieten wird man vermutlich diese Wohnungen nicht können, aber kaufen. Ein Preis steht nicht in der Anzeige.

Ansonsten geht der Streit in Berlin um den Wohnungsbau weiter. Sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften Wohnungen für teures Geld hinzukaufen, die in früheren Jahren für weniger Geld an privat veräußert wurden? Der Staat ist wirklich ein schlechter Geschäftsmann, müsste er doch wissen, dass durch Weiterverkäufe auch immer der Preis steigt. Denken wir an die Fläche der Kleingartenkolonie Säntisstraße in Marienfelde, die vor gut zehn Jahren für rund 1,5 Millionen Euro von einem privaten Investor erworben wurde. Heute stehen auf dem Preisschild 24 Millionen Euro. Kaufinteressent: Die BVG. Warum verdienen an solchen Geschäften immer die anderen nur wir Steuerzahler nicht?

Das ganze sozialistische Gequatsche, an dem sich nun auch noch die Jusos beteiligen, suggeriert, dass man durch Enteignung etwas für die Bürger gewinnen können. Wer daran glaubt, vermutet auch WLAN auf dem Mars, wie Bianca Claßen, „bekannt“ aus „Bibis Beauty Palace.“

Enteignung heißt nicht, jemand etwas kostenlos wegnehmen zu dürfen. Das ist nicht einmal in der Volksrepublik China so. Wobei, es gibt Fälle, da verweigerten sich Bürger, ihr Haus enteignen und dafür entschädigen zu lassen. Sie wohnten dann eine Weile im Gefängnis.

In einem Rechtsstaat sieht das alles etwas anders aus. Sollte das Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“ Erfolg haben, könnte am Ende des Prozesses stehen, dass Berlin die in Frage kommenden Wohnungen kaufen muss. Wovon? Frei nach Dieter Nuhr hat man den Eindruck, dass die Befürworter des Enteignungsgeschwafels „dümmer als drei Meter Waldboden“ sind, wobei man dem Waldboden natürlich Unrecht tut.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD), hat sich nach anfänglichem Zögern und nachdenken in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung klar gegen die Enteignung ausgesprochen. Das sei nicht sein Weg und seine Politik. Das wiederum ist vernünftig.

Am 30. März findet der nächste Berliner SPD-Parteitag statt. Vermutlich werden die Jusos ihren Beschluss dort als Antrag einbringen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Delegierten ihrer Jugendorganisation folgen. Die SPD würde damit den Kampf um die linke Berliner Wählerschaft verschärfen, worüber die Links-Partei wenig erfreut sein dürfte. Die Mitte allein der CDU und der FDP zu überlassen, ist das Gegenteil von klug.

Aber, was solls. Halten wir mal die Grünen für eine linke Partei, dann kommen die drei linken Parteien SPD (16), Grüne (21) und Linke (20) derzeit auf 57 Prozent. Das bürgerliche Lager aus CDU (19) und FDP (8) liegt bei mickrigen 27 Prozent und der rechte Rand, die AfD, nur noch bei elf Prozent. Wenn der Trend in den kommenden beiden Jahren bis zur nächsten Wahl anhält, erfüllt sich der Traum der Jusos von einer „sozialistischen Stadt“. Vorwärts immer – rückwärts nimmer – den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochsen noch Esel auf.“ Ausgenommen das Kapital.

**Ed Koch**